

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Manfred Eibl
Staatsminister Hubert Aiwanger
Abg. Ulrich Singer
Staatsminister Georg Eisenreich
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Jürgen Baumgärtner
Staatsministerin Kerstin Schreyer
Abg. Markus Plenk
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Maximilian Deisenhofer
Staatssekretär Gerhard Eck
Abg. Tobias Gotthardt
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo
Abg. Ralf Stadler
Abg. Sebastian Körber
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Martin Mittag

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden in der Reihenfolge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD, SPD, FDP und CSU gestellt. Die Regularien kennen wir schon. Zu Beginn hat Herr Staatsminister Klaus Holetschek das Wort für einleitende Bemerkungen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will diese einleitenden Bemerkungen dazu nutzen, kurz auf die Veränderungen einzugehen, die in der neuen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung niedergelegt sind. Diese stellen, wie ich glaube, einen großen Schritt in Richtung eines Stückes Normalität dar, einen Schritt, der aber nach wie vor von dem Motto, umsichtig und vernünftig zu bleiben, geprägt ist. Grundlage sind die Fakten. Die Basis ist die Inzidenz, aber natürlich auch die Impfung.

Wenn wir uns heute die Zahlen in Bayern anschauen, dann sehen wir eine Inzidenz von 23,6 – Platz 8 im Vergleich der Bundesländer. Kein Landkreis liegt über 100, fünf Landkreise liegen über 50, 81 unter 35. Das sind die ersten Zahlen, die uns auf diesen Weg geführt haben.

Dazu gehören natürlich auch die Impfungen – ein zentrales und wichtiges Thema. Wir verzeichnen rund 45 % Erstimpfungen, rund 22 % Zweitimpfungen, also Vollschutz, und 4,7 % Genesene. – Das sind genau zwei Leitplanken, die uns geführt haben.

Hinzu kommt eine dritte sehr wichtige Zahl: die belegten Betten in den Krankenhäusern. Aktuell sind 283 Intensivbetten mit invasiver Beatmungsmöglichkeit mit COVID-Patienten belegt. Der Höchstwert in der dritten Welle bei 735 belegten Betten. Das zeigt deutlich, dass unser Gesundheitssystem im Jetztzustand gut funktioniert. – Das waren tatsächlich die entscheidenden Werte für die Öffnungen, die wir gemeinsam vorgenommen haben.

Ich will zuerst einmal den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land für die Disziplin und das Mitmachen bei diesen wichtigen und zentralen Schritten danken. Ich glaube auch, dass uns die Bundesnotbremse geholfen hat; sie ist eine konsequente Maßnahme, die zum richtigen Zeitpunkt kam und tatsächlich ganz entscheidend war.

Umso wichtiger ist es, jetzt zu einem Stück Normalität zurückzukehren. Corona ist nicht weg; aber wir können es beherrschen und können gemeinsam diese Öffnungsschritte gehen. Der Katastrophenfall wurde zum 7. Juni aufgehoben – ein sehr wichtiges, zentrales Element.

Wir haben die Dreizehnte Infektionsschutzmaßnahmenverordnung in klarerer Sprache formuliert und mit einer Vereinfachung versehen: Sie enthält nur noch zwei Inzidenzwerte, 50 und 100, und natürlich die Bundesnotbremse. Es ist klar und wichtig, dass wir die zentralen Punkte vornewegstellen, um den Menschen zu zeigen, was die Eckpunkte dieser Infektionsschutzmaßnahmenverordnung sind.

Die Kontaktbeschränkungen wurden erleichtert; auch dafür sind uns die Inzidenzwerte 50 und 100 jeweils die Leitplanken. Öffentliche und private Veranstaltungen mit mehreren Personen sind wieder möglich. Hinzu kommt der Vorteil, dass Geimpfte und Genesene jeweils dazugenommen werden.

Wir haben die Präsenz an unseren Schulen fast vollständig wieder erreicht; für diejenigen, die noch nicht dabei sind, erreichen wir sie in zwei Wochen. Die Maskenpflicht im Sportunterricht entfällt. Das Testen aber bleibt und wird uns als zusätzlicher Sicherheitsfaktor ein Stück weit begleiten. Analog gilt dies für unsere Kitas.

Auch die Präsenzveranstaltungen an den Hochschulen, lieber Kollege Bernd Siblinger, sind wieder möglich. Auch das ist ein Stück weit Ausdruck von Normalität.

Handel und Geschäfte haben die Option, das Einkaufen wieder ohne Terminvereinbarung zu ermöglichen; Hygienekonzepte und Kundenbegrenzung sind aber weiterhin Begleiter. Auch hier sorgen wir für mehr Klarheit. Die Märkte laufen, soweit möglich.

Die Innengastronomie ist unter bestimmten Voraussetzungen wieder zulässig.

Auch im Tourismus geht es – Gott sei Dank – wieder bergauf. Bei den Zimmervermietungen gelten die allgemeinen Kontaktbeschränkungen – ein sehr wichtiges Element. Der Betrieb in den Freizeiteinrichtungen – ob es Bäder, Thermen oder Freizeitparks sind – nimmt wieder Fahrt auf. Städteführungen, der Besuch von Spielbanken und vieles mehr sind wieder möglich.

Erleichterungen gibt es auch für die Kultur, einen sehr wichtigen Bereich, der zum Leben dazugehört, aber in dieser Pandemie immer wieder in den Fokus genommen werden musste. Kultur ist in einem größeren Ausmaß und mit mehr Zuschauern möglich. Gleiches gilt für Tagungen und Kongresse. In Gottesdiensten ist bei einer Inzidenz unter 100 das Singen wieder erlaubt. – Das alles sind positive Faktoren.

Das Proben von Laienensembles wird ebenfalls erleichtert – ein Thema, das vielen sehr wichtig ist. Unsere Kapellen gehören ein Stück weit zur Kultur in unserem Land. Auch Marcel Huber hat immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig dieses Feld ist. Ich bin froh, dass die Kapellen wieder proben können.

Gleiches gilt für den Sport – auch ein zentrales Element. Sport und Bewegung fördern die Gesundheit. Insofern ist es gut, dass wir dafür wieder mehr Möglichkeiten schaffen und mehr Zuschauer zulassen.

Die Alten- und Pflegeheime sind – Gott sei Dank! – durch die hohe Impfquote zu einem Großteil geschützt. In Bezug auf die Maskenpflicht dort konnten wir eine Erleichterung ermöglichen: Für die Geimpften und Genesenen reicht jetzt die medizinische Maske aus. Das war ein großer Wunsch derer, die dort arbeiten.

Bei den Pflegekräften und bei allen, die im Gesundheitswesen tätig sind, will ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken. Sie haben Großartiges geleistet. Deswegen sind sie für uns sehr wichtige Partner. Es ist wichtig, dort, wo es möglich ist, Erleichterungen zuzulassen.

Die Fußball-EM läuft als Pilotprojekt. Ich bin überzeugt davon, dass wir sie gemeinsam mit der Landeshauptstadt München und den beteiligten Ministerien mit einem guten Hygienekonzept gut hinbekommen und auch dort ein gutes Signal setzen werden.

Sie sehen: Viel ist passiert. Es ist gut, dass wir diese Erleichterungen jetzt möglich machen können. Es ist gut, dass wir Fakten haben, die das zulassen. Auf diesem Weg wollen wir gemeinsam weitermachen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die erste Frage richtet sich eh gleich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und kommt von Frau Kollegin Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Staatsminister Holetschek, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Uns interessiert Folgendes: Neuere Forschungsergebnisse zeigen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte besonders häufig an COVID-19 erkranken. Dies ist seit Wochen schon Thema, auch wenn die Diskussion teilweise in eine Schräglage in Richtung Kulturalisierung gekommen ist. Viele wissenschaftliche Forschungsergebnisse zeigen Indizien auf, dass solche Menschen überdurchschnittlich oft in Berufen mit vielen Kontakten sind, dass sie in Wohnungen leben, die sich in Stadtteilen mit hoher Siedlungsdichte befinden, dass sie auch oft sozioökonomisch schwachen Gruppen angehören und dass schließlich diese Arbeits- und Lebenssituation Faktoren sind, die sich hinsichtlich COVID-19 negativ auswirken.

Daher meine Frage: Gibt es in Ihrer Planung mobile Impfteams, die solche Gebiete und Stadtviertel oder Orte aufsuchen, um diese Menschen zu impfen bzw. zu beraten, aufzuklären und ihnen ein Impfangebot zu unterbreiten? Gibt es solche aufsuchenden Strukturen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Liebe Frau Kollegin, herzlichen Dank für diese aus meiner Sicht wichtige Frage. Sie sprechen ein Thema

an, das uns immer wieder begleitet. Dies betrifft nicht nur mobile Teams, sondern auch Aufklärung und Information. Vor Kurzem wurde im Plenum schon einmal die Frage gestellt, wie wir mehrsprachig aufklären können, wie wir Vorbilder schaffen können, wie wir Aktionen wie "Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Bayern" nach vorne bringen können. Ich glaube, wir haben dieses Thema in der letzten Zeit gemeinsam mit dem Innenministerium und mit der Integrationsbeauftragten ein Stück weit nach vorne gebracht. Man geht auf diese Menschen zu; man schafft Impfangebote vor Ort. Ich weiß, dass man zum Beispiel in Nürnberg am kommenden Freitag wieder eine Aktion durchführt. In Augsburg hatten wir bei der Tafel ein Impfangebot für Menschen unterbreitet, die sich vielleicht in anderen Lebenssituationen befinden.

Ich halte also niedrigschwellige, aufsuchende Angebote für wichtig. Das Thema wird uns auch weiter beschäftigen, da im Raum steht, dass wir in Zukunft Auffrischungsimpfungen benötigen. Deswegen müssen wir an solchen Konzepten dranbleiben und vielleicht auch unsere Impfzentren mit Blick auf mobile Impfteams weiterentwickeln.

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Rückfrage? – Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Da Sie das begrüßen, eine kurze Nachfrage: Gibt es denn Planungen und finanzierte Maßnahmen aus dem Gesundheitsministerium? Das habe ich jetzt aus Ihrer Antwort nicht herausgehört. Unsere Anträge in dieser Richtung wurden nämlich alle abgelehnt.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Hinsichtlich des Impfangebotes haben wir in Bayern mehrere Säulen. In Bayern stehen 100 Impfzentren zur Verfügung. Wir haben natürlich auch die Ärzteschaft – Hausärzte, Fachärzte und Betriebsärzte –, die jetzt mitimpfen. Ich fand die Aktion gestern bei BMW sehr beeindruckend; dort arbeiten Menschen verschiedener Nationalitäten, die sich gerne haben impfen lassen. Diese sind Vorbilder für unsere Gesellschaft. Die Impfzentren können mit mobilen Impfteams einen Beitrag leisten. Das haben sie bei den Alten- und Pflegeheimen gemacht, und das machen sie weiterhin. Wir diskutieren gerade mit dem

Bund, wie es um die Finanzierung dieser Impfzentren über den 30. September hinaus bestellt ist, um für die Zukunft ein gewisses System sicherzustellen. Die Flexibilität vor Ort kann jedes Impfzentrum anhand der individuellen Lage beurteilen. Es gibt ländlichere Strukturen, in denen man sich vielleicht anders verhalten muss; es gibt die Großstadt mit prekären Lebensverhältnissen. Ein hohes Maß an Flexibilität ist möglich.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen herzlichen Dank, Herr Minister. Das war eine Frage an das Gesundheitsministerium. – Die nächste Frage würde sich an das Wirtschaftsministerium richten. Der Minister ist aber noch nicht da; deswegen ziehe ich jetzt eine andere Frage vor. – Er kommt, wunderbar! Der Herr stellvertretende Ministerpräsident eilt, und deshalb kann der Kollege Manfred Eibl seine Frage an das Wirtschaftsministerium stellen.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem gestrigen Tag wurde ein großer Öffnungsschritt für Wirtschaft und diverse Branchen gemacht; der Normalbetrieb speziell im Bereich Tourismus, im Bereich der Veranstaltungen und in anderen Wirtschaftszweigen ist aber noch nicht erreicht, wie das viele Betroffene wollen, sich vorstellen oder sich wünschen würden.

Hierzu eine konkrete Frage an unseren Staatsminister: Wie ist denn die aktuelle Lage der bayerischen Wirtschaft, insbesondere in den betroffenen Branchen, derzeit einzuschätzen, vor allem nach dem langen Lockdown, der durchgehalten werden musste?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, es ist wichtig, die Situation so zu beleuchten, wie sie wirklich ist. Sie ist Gott sei Dank nicht so, wie wir vor wenigen Wochen befürchten mussten. Es ist besser gekommen als befürchtet. Wir sind insgesamt sehr gut aus der Corona-Zeit herausgekommen. Ich hoffe, dass wir nicht noch einmal einen Rückschritt hinnehmen müssen.

Wir haben derzeit in Bayern eine sehr niedrige Arbeitslosenquote von 3,6 %. Die Zahl der Kurzarbeiter geht zurück. Wir haben nach Branchen gewichtet eine sehr unterschiedliche Lage. Am härtesten hat es die Tourismusbranche erwischt, in der im Bereich der Hotellerie, der Gastronomie, der Reiseveranstalter und des Taxigewerbes, also allem, was mit dem Thema Geselligkeit zusammenhängt, ein massiver Umsatzrückgang von Pi mal Daumen 50 % im Vergleich zur Zeit vor Corona zu verzeichnen ist. Seit den Öffnungen in den letzten Tagen – Hotellerie 21. Mai und am 7. Juni auch Innengastronomie, Freizeitparks usw. – geht es jetzt auch dort wieder aufwärts.

Wir sehen auch gewisse Nachholeffekte. Die Menschen wollen raus. Die Menschen wollen wieder konsumieren, wollen wieder Geselligkeit. Wir hoffen, dass wir in diesen Branchen sehr schnell wieder an die alte Stärke anknüpfen können, haben dort aber in den letzten Monaten massiv Arbeitsplätze verloren. Im Bereich der Tourismuswirtschaft ist zeitweise bis zu einem Viertel der Arbeitsplätze verloren gegangen; etliche der ehemaligen Beschäftigten haben sich Arbeit in anderen Branchen gesucht.

Gott sei Dank gilt: Wo Schatten ist, da ist auch Licht. Die Entwicklung der Automobilindustrie ist positiver, als sie vor Corona war. Wir hatten gestern eine Videoschalte mit vielen Verbänden aus dem gesamten Wirtschaftsbereich, vom Handwerk über die Banken bis zur Industrie, und haben Gott sei Dank feststellen können, dass mittlerweile viele Branchen stärker sind als vor Corona. Auch der Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus verzeichnet ein Plus gegenüber der Zeit vor Corona. Der Automobilbereich und die Chemieindustrie ziehen massiv an. Auch die Baubranche zieht massiv an, was Auswirkungen hat, die Sie aus diversen persönlichen Betroffenheiten vielleicht kennen, wenn Ihnen zum Beispiel der Handwerker sagt, dass er für das Gebäude kein Bauholz mehr bekommt. Sie bekommen keine KG-Rohre mehr, keine Kabel mehr usw. Diesen Effekt hatte man vorher so nicht auf der Rechnung. Wir haben nämlich plötzlich eine Verknappung der Baumaterialien bis hinein in die Automobilindustrie. Dort ist die Halbleiter-Lieferung so ins Stocken geraten, dass mittlerweile sogar nicht mehr so viele Autos produziert werden können, wie verkauft werden könnten. Dieses Luxus-

problem hatten wir uns vor einigen Monaten gewünscht. Es ist wirklich so, dass diese Branchen – Industrie, Bau usw. – wieder bestens laufen und wir mittlerweile wieder die alten Probleme hören, wie zum Beispiel Facharbeitermangel. Dort wird schon wieder händeringend nach Personal gesucht. Allein die Automobilindustrie hat 28 % mehr offene Stellen als vor Corona gemeldet.

Das spricht für sich. Wie schnell der Turnaround geschafft worden ist, spricht für die Stärke der bayerischen Wirtschaft und für den Unternehmergeist. Insgesamt sind knapp 9 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen als Corona-Entschädigungen in die bayerische Wirtschaft geflossen. Dies ist mit eine Begründung dafür, dass diese Branchen so gut überlebt haben.

Dazu noch ein letzter Satz. Eine Zahl lässt aufhorchen: Die Bürger haben in Corona-Zeiten viel Geld gespart, angeblich deutschlandweit 100 Milliarden Euro mehr, als sie ohne Corona wohl gespart hätten. Dieses Geld wird jetzt wohl zunehmend umgesetzt. Einige erwarten schon einen gewissen Konsumrausch; viele Einkäufe werden nachgeholt. Natürlich wird aber nicht jeder eins zu eins ein Gewinner dieser Situation sein.

Wir hatten eine massive Insolvenzwelle und Massenarbeitslosigkeit befürchtet. Beides ist Gott sei Dank nicht eingetreten. Die Wirtschaft setzt jetzt an und kehrt wieder zu ihrer alten Stärke zurück, und ich hoffe, dass auch diejenigen in den besonders betroffenen Branchen jetzt Fuß fassen können.

Offen sind noch die Veranstaltungsbranche, die Schausteller und die Marktkaufleute, und für diese Branchen müssen wir, wenn die Marktöffnungen kommen, über die Märkte eine Perspektive geben, damit auch dieses Segment bedient wird.

Auch die Kultur ist noch nicht dort, wo sie sein soll. Hier brauchen wir noch mehr Öffnungen bezüglich der Teilnehmerzahl. Dadurch wird diese Branche ebenfalls wieder Fuß fassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich an den Justizminister und sie wird von dem Kollegen Ulrich Singer gestellt.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzte Kollegen! Die Meinung der Gesellschaft zu den neuartigen Corona-Impfstoffen ist geteilt, und Langzeiterfahrungen insbesondere mit den genbasierten mRNA-Impfstoffen existieren noch nicht. Darüber hinaus hält die Ständige Impfkommission, die STIKO, die Datenlage derzeit für unzureichend, um eine Impfung für Kinder empfehlen zu können.

Der gelernte Bankkaufmann und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich jetzt über die Bedenken der STIKO hinweggesetzt und eine Corona-Impfung für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren erlaubt. Kollege Eisenreich, wie ist nach Auffassung der Staatsregierung die Rechtslage? Dürfen Kinder und Jugendliche selbst und ohne Zustimmung oder sogar gegen den Willen der Eltern in eine neuartige genbasierte Corona-Impfung einwilligen und, wenn ja, wann, unter welchen Voraussetzungen und ab welchem Alter?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, ich bin mir nicht sicher, ob Sie der richtige Adressat für diese Frage sind, aber bitte schön.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einigermaßen überrascht über den Inhalt dieser Frage, und mir stellt sich wiederum die Frage, ob ich für die Beantwortung überhaupt zuständig bin. Die Frage inhaltlich zu beantworten, fällt mir auf jeden Fall schwer; denn mit diesen Fragen war ich bisher nicht befasst und kenne in meinem Ministerium auch keinen diesbezüglichen Vorgang. Könnten Sie vielleicht erklären, warum Sie Ihre Frage an mich als Justizminister gerichtet haben?

Präsidentin Ilse Aigner: Kollege Singer, Sie haben sowieso die Möglichkeit, eine Rückfrage zu stellen.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege, mir geht es um die rechtliche Frage, wann eine Einwilligungsfähigkeit vorliegt. Im Gegensatz zu den langjährigen Erfahrungen mit den früheren Impfstoffen ist das jetzt etwas Komplexeres, denn es handelt sich um einen komplett neuen Impfstoff, einen mRNA-Impfstoff. Deshalb frage ich Sie, ab welchem Alter aus rechtlicher Sicht eine Einwilligungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gegeben ist. Das ist eine rein rechtliche Frage, die nichts mit Gesundheitsfragen zu tun hat.

In der Folge stellt sich natürlich die Frage, wer dafür haftet, wenn die Eltern nicht in eine Impfung einwilligen, vor einem Impfschaden gewarnt haben und das Kind dann einen Impfschaden hat. In Bobingen wurde anscheinend sogar ein neunjähriges Kind geimpft. In diesem Zusammenhang stellen sich Rechtsfragen, und es geht um die rechtliche Wirksamkeit von Einwilligungen in Impfungen. Dazu bitte ich um eine Auskunft.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Damit kann ich zumindest die Frage nach der Zuständigkeit beantworten. Ich bin dafür nicht zuständig

(Heiterkeit)

und nenne Ihnen auch den Grund dafür. Wir haben in Bayern kein Rechtshilfeministerium, im Rahmen dessen das Justizministerium für die Klärung aller rechtlichen Fragen zuständig wäre. Die Zuständigkeit des Justizministeriums erstreckt sich auf die ordentliche Gerichtsbarkeit – also auf die Zivil- und Straferichtsbarkeit –, und bei Ihrer Frage handelt es sich im Schwerpunkt um öffentliches Recht. Aus meiner Sicht müsste die inhaltliche Beantwortung, sofern eine solche auf Anhieb überhaupt möglich ist, durch das zuständige Ressortministerium erfolgen. Ich habe hinsichtlich dieser Frage noch nie einen Vermerk gelesen und wurde damit auch noch nie befasst. Das sind Fachthemen, mit denen das Justizministerium bislang nichts zu tun hatte.

Sie können mir Ihre Frage aber gerne schriftlich übermitteln, damit wir das klären. Allerdings vermute ich, dass das Gleiche herauskommen wird und wir das an das zuständige Ministerium weiterleiten werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Diesen Vorschlag würde ich gerne aufgreifen. Die Rückfrage seitens des Kollegen Singer ist praktisch schon erfolgt, und man könnte eine Antwort gegebenenfalls schriftlich erhalten.

Die nächste Frage ist an das Gesundheitsministerium gerichtet und wird von der Kollegin Ruth Waldmann gestellt.

Ruth Waldmann (SPD): Vielen Dank. – Mir geht es um die Virusvarianten, und zwar speziell um die indische Variante B.1.617.2, die jetzt neuerdings Delta heißt. Diese Variante ist auf dem Vormarsch – in Großbritannien ist sie inzwischen dominant –, und sie gilt als um 40 % infektiöser als die vorherrschende Alpha-Variante. Es ist also eine stark erhöhte Übertragbarkeit gegeben. In Großbritannien steigen die Krankenhauseinweisungen im Hinblick auf diese Variante wieder an, und die Bestrebungen, dort alle Restriktionen ab dem 21. Juni 2021 aufzuheben, stehen auf der Kippe.

Seit dem 10. Mai 2021 ist diese Delta-Variante auch vom RKI offiziell als Variant of Concern eingestuft. In Bayern, beim LGL, wird sie hingegen nicht gesondert ausgewiesen. Dort werden zwar die Daten jeden Tag aktualisiert gemeldet und es kommen die Alpha-, Beta- und Gamma-Varianten – also die Varianten aus Großbritannien, Südafrika und Brasilien – vor, nicht jedoch die indische Delta-Variante.

Ich würde gerne den Grund dafür wissen. Ist das durch die bayerische Labormeldepflicht nicht abgedeckt? Offenbar werden zu dieser Delta-Variante von den bayerischen Gesundheitsämtern keine Daten gemeldet. Ich frage daher: Wird das nicht gemeldet bzw. nicht dargestellt? Wenn ja, warum nicht? Diese Variante ist seit über einem Monat als Variant of Concern eingestuft. Werden die positiven Proben, die PCR-Tests in den Laboren, auf diese sehr gefährliche indische Variante überhaupt untersucht?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Waldmann, die Delta-Variante wird vom LGL und von dem Laborverbund, an dem das Wissenschaftsministerium, das LGL und Prof. Keppler beteiligt sind, in den Blick genommen. In diesem Zusammenhang werden auch Daten erhoben und ausgewertet. Prof. Keppler hat erst am Sonntag in einer Mail zu diesem Thema Stellung genommen, und er hat auf Themen wie eine höhere Ansteckungsfähigkeit, was Sie auch angesprochen haben, hingewiesen. Des Weiteren müsse die Verbreitung genau beobachtet werden. – Wir beschäftigen uns natürlich mit der Delta-Variante.

(Florian von Brunn (SPD): Das war aber nicht sehr konkret, Herr Minister!)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Nachfrage. Bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr von Brunn stellt die Fragen immer zwischendurch.

Ruth Waldmann (SPD): Warum wird die Delta-Variante, wenn Sie deren Wichtigkeit anerkennen, nicht ausgewiesen? Warum finden wir auf den Seiten des LGL alles nach Landkreisen differenziert aufgeschlüsselt und täglich aktualisiert, während die Delta-Variante nicht vorkommt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Soweit ich es im Blick habe, ist die Delta-Variante in Bayern Gott sei Dank so gut wie noch nicht vorhanden. Dennoch werde ich mir das aber gerne ansehen, da Sie sagen, dass das auf den Seiten nicht nachvollzogen werde. Sollte es hier einen Fehler geben, werden wir diesen beheben.

Wir beschäftigen uns mit diesem Thema intensiv. Ich bin sehr froh, dass wir damals den Verbund zur Sequenzierung gegründet haben, lieber Kollege Bernd Sibler, dem die Universitätskliniken und das LGL angehören. Unsere Virologen wie Prof. Keppler arbeiten sehr intensiv an diesen Themen.

Gleichwohl freue ich mich, dass Sie das Thema aufgreifen und die von dieser Variante ausgehende Gefahr nach wie vor sehen. Damit zeigen Sie auch, dass wir im Umgang weiterhin vorsichtig und umsichtig sein müssen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich an den Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und wird von dem Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch gestellt.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd, ich freue mich ganz besonders darüber, dass ab dieser Woche die Präsenzlehre an den Hochschulen endlich wieder möglich ist. Das ist in der Tat eine sehr gute Entwicklung. Wir wissen aber, dass sich aktuell viele Studierende nicht an ihren Studienorten befinden und auch nicht schnell zurückkehren können. Dies gilt vor allem für die ausländischen Studierenden.

Deshalb meine Frage: Inwieweit ist sichergestellt, dass alle Kurse, Vorlesungen und Prüfungen hybrid stattfinden? Wie schnell können die Studierenden von der Hochschule und vom Ministerium Unterstützung bekommen? Das ist meine Frage, die, so glaube ich, vielen Studierenden auf den Nägeln brennt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrter Herr Kollege, herzlichen Dank für diese spannende und wichtige Frage. Ich bin froh und dankbar, dass wir diesen wichtigen Akzent, anders als andere Bundesländer, bereits in der Pfingstwoche setzen konnten. Das Wintersemester sollte mit möglichst großer Präsenz durchgeführt werden. Die Regularien hierfür werden noch festgelegt. Ideal wäre es, wenn bis dahin alle geimpft wären. Wir werden an den Unis im November anfangen. Wir können davon ausgehen, dass dann viele Menschen geimpft sein werden. Diese Leute müssen dann vielleicht die Abstände nicht mehr einhalten. Wir können dann wieder vieles anbieten. Wir können viele Errungenschaften des digitalen Semes-

ters beibehalten und müssen diesbezüglich nicht wieder in den Status quo ante zurückfallen. Als Beispiel nenne ich die digitalen Vorlesungen.

Mir ist wichtig, dass wir zum Sommersemester freiwillige Möglichkeiten bieten können. Wir brauchen Planungsperspektiven und Planungssicherheit zum einen für die Universitäten und zum anderen auch für die Studentinnen und Studenten. Ausländische und inländische Studierende haben sich sehr bewusst dafür entschieden, nicht an den Studienort zu kommen, damit sie sich die Mietkosten sparen können. Ein Großteil der ausländischen Studierenden durfte im Winter gar nicht einreisen. Deswegen setzen wir auf Freiwilligkeit. Hybride Angebote sind deshalb zentral.

Wir haben bewiesen, dass sowohl die Universitäten als auch die Studierenden sehr gut in der Lage sind, diese Angebote erfolgreich zu realisieren. Jetzt sind die Universitäten gefordert. Wir haben für sie den Rechtsrahmen geschaffen. Wir befinden uns in einem großen Austausch mit den drei Verbänden der Kunsthochschulen, der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Universitäten. Wir haben einen sehr guten Dialog und sollten wir gefragt werden, geben wir den Universitäten Antworten. Im Wesentlichen bewerkstelligen die Universitäten diese Aufgaben aber selbst.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Dr. Heubisch zu einer Rückfrage.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Mir geht es um das Wintersemester. Die Studierenden müssen rechtzeitig wissen, was sie im Wintersemester an ihrer Hochschule zu erwarten haben. Wir wissen momentan nicht, wie die Corona-Infektionszahlen zu diesem Zeitpunkt sein werden. Deshalb müssen verschiedene Szenarien vorbereitet werden. Gibt es im Ministerium Überlegungen darüber, wie dies geschehen kann und vor allem wie schnell; denn es würde nichts nützen, wenn die Studierenden von diesen Maßnahmen in der ersten Woche des Semesters erführen. Sie müssen vorher darüber informiert werden; denn sie haben ja ihre Zimmer oder ihre WG aufgegeben.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Es ist völlig selbstverständlich, dass wir verschiedene Szenarien entwickeln. Aber das politische Signal am Mon-

tag letzter Woche war: Im Wintersemester wird es möglichst viel Präsenz geben, weil wir diese für den akademischen Austausch brauchen. Gerade Studierende, die im Sommersemester angefangen haben, sollen dadurch einen akademischen Anschluss finden. Wir werden jetzt ein Stück weit auf Sicht fahren und schauen, wie sich die Situation entwickelt. Die Perspektive ist aber, dass wir sehr viel mehr ermöglichen werden. Meine Idealvorstellung habe ich gerade beschrieben. Ich hoffe, dass uns der Impffortschritt und viele andere Maßnahmen helfen werden.

Wir haben mit den Universitäten gesprochen. Verschiedene Universitäten haben jetzt mit der Raumplanung begonnen. Diese Planungen sind derzeit mit etwa 30 Leuten in den Räumen noch sehr defensiv. Wir haben die Hochschulen aufgefordert, sich mehr zu trauen. Große Vorlesungen, zum Beispiel die Einführung in die BWL, können dagegen weiterhin digital angeboten werden. Vorlesungen, bei denen klassischer Frontalunterricht angewandt wird, können digital durchgeführt werden. Wo jedoch die Academia vom Austausch lebt, erwarte ich, dass dieser Austausch auch stattfindet. Das bringt die Leute weiter. Bei klassischen Vorlesungen kann sicherlich mit digitalen Formaten gearbeitet werden. Das Stichwort "hybride Formate" ist in allen Mitteilungen und Konzepten genannt worden. Die Sommerklausuren mit den Verbänden stehen an. Dort werden wir über dieses zentrale Thema und verschiedene Vorschläge aus meinem Haus sprechen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr und kommt von Herrn Kollegen Jürgen Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, letzte Woche wurde eine Studie zum Thema Entwicklung des Verkehrs nach Corona vorgestellt. 27 % der Befragten haben dabei angegeben, dass sie den ÖPNV nur noch eingeschränkt bzw. überhaupt nicht mehr nutzen wollen. Das ist sehr bedauerlich. Wir hatten vor der Corona-Krise beim ÖPNV eine sehr positive Ent-

wicklung. Ich frage die Staatsregierung: Wie sehen unsere Antworten darauf aus? Wie wollen wir den positiven Trend der Zeit vor Corona wieder beleben?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Baumgärtner, wir haben diese Studie in der letzten Woche vorgestellt. Alle deutschen Bundesländer befinden sich derzeit in der Pandemie, aber nur wenige prüfen die Frage, was danach passieren soll. Uns war es wichtig, das Verkehrsverhalten der Teilnehmer abzuprüfen und zu hören, wie sie sich nach der Pandemie verhalten werden. Ja, die Zahl der Nutzer des ÖPNV geht zurück. Gott sei Dank sagen aber 80 % der Stammkunden, dass sie wieder zum ÖPNV zurückkehren wollen. Zwei Drittel aller Befragten haben angegeben, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zum ÖPNV zurückkommen werden.

Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist das Hygieneempfinden. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Menschen immer wieder aufklären und sagen, dass wir die S-Bahnen und die Haltegriffe desinfizieren und technische Möglichkeiten nutzen wollen, um die Türen zu öffnen. Entscheidend ist aber auch der Komfort. Wir wollen uns nicht mehr so nahe kommen. Wir wollen keine überfüllten Züge und S-Bahnen. Genau deswegen ist es wichtig, dass wir in den Städten mehr Wagen fahren lassen und im ländlichen Bereich darauf achten, bedarfsorientiert mehr Fahrzeuge laufen zu lassen. Die Busse und Züge werden dadurch leerer, sodass mehr Menschen dieses Angebot nutzen.

Bis zum Sommer 2022 werden wir eine Strategie zur Stärkung des ÖPNV entwickeln, weil es wichtig ist, den Bedarf der Kundinnen und Kunden, die damit fahren wollen, im Auge zu behalten. Unser Projekt "Ein Klick – ein Ticket" wird zukunftsweisend sein, weil ich damit bei mir zu Hause in die S-Bahn einsteige, mit meinem Handy das Ticket löse und außerdem weiß, wo ich umsteigen muss und wo es gegebenenfalls eine Störung gibt. Die Digitalisierung, die Hygiene und die Verstärkung der Angebote werden die entscheidenden Faktoren sein.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächsten beiden Fragen richten sich an den Leiter der Staatskanzlei. Die erste Frage kommt von Herrn Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, gestern hat für die meisten Schüler in Bayern wieder der Schulbetrieb begonnen, allerdings weiterhin verbunden mit der Pflicht zum Tragen medizinischer Masken und einer wöchentlich zweimaligen Testpflicht. Halten Sie diese Maßnahmen vor dem Hintergrund, dass sich Urlauber nicht mehr testen lassen müssen und demnächst UEFA-Endspiele in München vor Zuschauern stattfinden, weiterhin für notwendig, geeignet und verhältnismäßig?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kollege Plenk, selbstverständlich halte ich diese Maßnahmen für geeignet, notwendig und verhältnismäßig, sonst hätten wir sie nicht beschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Keine Rückfrage?

Markus Plenk (fraktionslos): Doch, ich habe eine Rückfrage.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, eine Nachfrage dazu: Seit gestern ist bei einem Inzidenzwert unter 50 die Innengastronomie geöffnet, und zwar ohne Maskenpflicht und ohne Testpflicht. Wie passt das mit den Maßnahmen an Schulen zusammen? Ich kann bezogen auf die Ansteckungsgefahr keinen Unterschied zwischen einem gefüllten Saal in einem Wirtshaus und einem Klassenzimmer erkennen.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Den Unterschied kann ich schon erkennen, weil zum Beispiel im Klassenzimmer in der Regel keine alkoholischen Getränke konsumiert werden. So viel zum Unter-

schied. Abgesehen davon steht für uns bei den Schulen der Grundsatz Safety first sehr stark im Vordergrund. Wir sehen die Notwendigkeit, wieder möglichst geregelten und normalen Unterricht stattfinden zu lassen. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass im Klassenzimmer eine Vielzahl junger Menschen sowie die Lehrerinnen und Lehrer zusammenkommen. Diese Personen müssen einfach geschützt werden, weil es eine Schulpflicht gibt. Für alle besteht die Pflicht, in die Schule zu gehen. Wir haben aber keine Pflicht, ins Wirtshaus zu gehen. Um den Schulbetrieb sicherer zu machen, damit jeder mit einem guten Gefühl in die Schule gehen kann, halten wir diese Maßnahmen aktuell für angemessen, notwendig und richtig.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, es geht um die Impfung der Kinder. Die herkömmlichen Impfstoffe waren geradezu prädestiniert für die Impfung von Kindern. Mich hat hier in einer Plenarsitzung einmal meine Kollegin Gabi Schmidt ausdrücklich darüber aufgeklärt. Die Impfung lief relativ problemlos. Es war nie ein Problem. Die neuartigen genbasierten Impfstoffe, die jetzt im Rahmen einer Notzulassung eingesetzt werden, scheinen für Kinder nicht geeignet zu sein. Die Bayerische Staatsregierung – das lobe ich ausdrücklich – hat hier Skrupel gezeigt und diese Impfung für Kinder eben nicht durchgewunken, allenfalls für die über Zwölfjährigen und da auch nur für ganz bestimmte. Warum hatten Sie eigentlich diese Skrupel, wenn die Impfung von Kindern doch eigentlich schon immer und über viele Jahre eingeführt war? Trauen Sie diesen modernen Impfstoffen in Wirklichkeit doch nicht?

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Ich weise darauf hin, dass eine Rückfrage nicht mehr möglich ist, weil die Zeit schon abgelaufen ist.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das habe ich mir fast gedacht. Danke sehr.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin! – Kollege Swoboda, offen gestanden offenbart Ihre Frage ein absolutes Unverständnis von Impfungen, Impfstoffen und all diesen Dingen. Ich lege Ihnen dringend nahe, sich damit einmal etwas grundsätzlicher zu befassen

(Beifall bei der CSU)

und nicht Begriffe wie "Gen" einfach in den Raum zu stellen, um letztlich diese hochmodernen mRNA-Impfstoffe zu verhetzen. Sie wählen einen völlig falschen Ansatz. Im Übrigen kann ich nur Folgendes sagen:

Erstens gibt es gar keine Notzulassungen. Die Europäische Arzneimittel-Agentur bzw. die Unternehmen, die die Zulassung beantragt haben, haben sich immer bewusst für die reguläre Zulassung entschieden, damit der Vorwurf, es handele sich nur um eine Notzulassung, nicht erhoben werden kann. Außerdem gibt es da noch haftungsrechtliche Folgen. Insofern ist das schon einmal falsch. Zweitens empfiehlt die Bayerische Staatsregierung den Einsatz von Impfstoffen, die von der EMA zugelassen und von der STIKO empfohlen sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht an das Staatsministerium des Innern und kommt vom Kollegen Maximilian Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich habe eine Frage zu den EM-Spielen, die jetzt in München stattfinden, und zu der zugelassenen Anzahl der Zuschauer*innen. Im Kabinettsbeschluss ist von einem Pilotprojekt die Rede, unter dem das laufen soll. Minister Holetschek hat es vorhin auch noch einmal so bezeichnet. Meine Frage lautet: Wie und vor allem von wem werden die EM-Spiele in München wissenschaftlich begleitet? Nur so kann man weitere Erkenntnisse gewinnen, um hoffentlich im Anschluss an die EM in Zukunft weitere Veranstaltungen mit

mehr Publikum zuzulassen. Also: Von wem und wie findet die wissenschaftliche Begleitung dieses Pilotprojektes statt?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Zunächst einmal haben wir 20 % der maximal möglichen Zuschauer zugelassen; das haben Sie selbst zum Ausdruck gebracht. Wir sind zurzeit im Rahmen einer Steuerungsgruppe am Lösen, Überlegen und Organisieren, wie wir unter anderem die Organisation vor und nach dem Stadion managen. In dieser Steuerungsgruppe wird auch die durch den DFB veranlasste wissenschaftliche Begleitung der UEFA EURO 2020 thematisiert und diskutiert. Ich gehe einmal davon aus, dass mir in den nächsten Stunden weitere Informationen vorliegen. Wenn Sie das interessiert, dann lasse ich Ihnen diese schriftlich zukommen, sobald sie mir vorliegen.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Das Angebot, mir diese zukommen zu lassen, nehme ich gerne an, weil auch interessant ist, wer dann eben in dieser Arbeitsgruppe sitzt und das Pilotprojekt begleitet.

Noch eine Nachfrage: Wir hoffen und gehen davon aus, dass der Verlauf der EM für die deutsche Nationalmannschaft positiv sein wird. Dann ist allerdings zu befürchten, dass es eventuell auch zu Corona-Regelverstößen bei Feierlichkeiten kommt. Plant das Innenministerium, Personen, die Corona-Regelverstöße begehen, in die intransparente Datenbank "Gewalttäter Sport" einzuspeichern? Falls ja, werden Sie die Betroffenen dann zukünftig auch darüber informieren?

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Sie kennen die bayerische Polizei und wissen, wie wir im Freistaat die innere Sicherheit handhaben. Wir sind hier gerüstet, und wir werden uns sehr intensiv auf die EM vorbereiten. Ich kann Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir alle Verstöße auch entsprechend ahnden werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Eck. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt vom Kollegen Tobias Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, wir haben das Versprechen wahrgemacht, nach den Pfingstferien nahezu alle Schülerinnen und Schüler in Bayern wieder in Präsenz zu unterrichten. Bis auf fünf Landkreise, die noch über der Inzidenz von 50 liegen, sind seit gestern alle Schülerinnen und Schüler in den Schulen wieder an ihrem Platz. Deshalb meine Frage: Wie lief der Restart nach den Ferien, und was ist für die nächsten Wochen geplant?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! – Vielen Dank für die Frage. Es ist natürlich immer schwer, nach einem Tag zu sagen, wie es lief. Aber die Rückmeldungen, die ich habe, waren stark emotional geprägt. Viele Schülerinnen und Schüler waren sehr dankbar und froh, endlich wieder in der Schule und vor allem in voller Stärke in der Schule zu sein. Viele Grundschüler haben auf die Frage, was ihnen gefehlt hat, gesagt, dass sie schon lange diesen oder jenen Freund, diese oder jene Freundin nicht gesehen hätten. Jetzt herrscht wieder Normalität. Es gibt an den meisten Schulen vollen Präsenzunterricht.

Ich sage ganz offen: Auch mich hat es gestern emotional berührt und gefreut, dass wir das wieder geschafft haben. Das ist ein Zeichen nach außen, an die Eltern und an die Schülerinnen und Schüler. Deshalb ist das auch ein Tag der Freude gewesen. Das sage ich ganz offen.

Zweitens ist es auch ein Tag des Dankes an die Schülerinnen und Schüler gewesen und ist es immer noch. Es haben sich ja immer wieder sehr viele während der letzten einviertel Jahre zu Wort gemeldet. Es haben sich zu Recht auch Lehrer- und Elternverbände zu Wort gemeldet. Gerade unsere Schülerinnen und Schüler haben die Herausforderungen des letzten Jahres bravourös gemeistert. Für viele war das eine

große Herausforderung, nicht nur, aber vor allem für diejenigen, die jetzt vor den Abschlussprüfungen stehen.

Was sind die Aussichten? – Wir haben in Bayern nach den Pfingstferien eine klare Regelung; das ist schon erwähnt worden. Die Landkreise und kreisfreien Städte, die unter einer Inzidenz von 50 liegen, sind jetzt im vollen Präsenzunterricht. Das sind die meisten. Es gibt im westlichen Teil Schwabens, aber auch im nördlichen Teil Bayerns noch ein paar wenige, die noch im Wechselunterricht sind. Ich hoffe, dass auch dort in den nächsten Tagen die Inzidenzen nach unten gehen und Kinder und Jugendliche dort wieder in den vollen Präsenzunterricht kommen werden.

Es gilt jetzt, für die einen zu schauen, wie die Abschlussprüfungen laufen. Sie sind auch entsprechend vorbereitet worden. Das Abitur ist schon weitgehend gelaufen; hier finden seit gestern noch die mündlichen Prüfungen statt. Es stehen noch die mittleren Abschlüsse, der Quali und vieles mehr an. Zum anderen geht es aber auch darum, zu schauen, wo es das eine oder andere Defizit gibt. Hier gibt es nach der Ankommensphase Lernstandserhebungen. Es gibt aber auch gewisse psychische Defizite bei denjenigen, die vielleicht nicht ganz so gut mit dem Distanzunterricht zurechtgekommen sind. Deshalb hat die Bayerische Staatsregierung ein dreistufiges Förderprogramm aufgesetzt, das schon in den Pfingstferien – begleitet und organisiert durch den Bayerischen Jugendring – mit Ferienkursen begonnen hat. Wir starten jetzt während der Schulzeit mit Förderkursen in den Kernfächern. Wir werden dann eine Sommerschule 2021 anbieten. Sie ist freiwillig und soll nach intensiven Beratungsgesprächen stattfinden. Wir werden insbesondere auch im nächsten Schuljahr – unterstützt durch Bundesgelder – weitere Förderprogramme unter dem Stichwort "gemeinsam.Brücken.bauen" anbieten. Sie werden wahrscheinlich sogar noch ins übernächste Schuljahr hineinreichen. In Form von Binnendifferenzierung, aber auch entsprechenden Stützkursen sollen zielorientiert diejenigen Schülerinnen und Schüler mitgenommen werden, die im Distanzunterricht nicht ganz so gut mitgekommen sind. All das wird eng begleitet und evaluiert. Wir sind hier auch im engen Austausch mit

anderen Bundesländern, haben aber auch immer den Anspruch, in Bayern alles noch einmal ein Stück besser und qualitativ anspruchsvoller zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Piazzolo. – Die nächste Frage richtet sich wieder an den Gesundheitsminister und kommt vom Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Herr Holetschek! Wir haben in Sachen Maskenskandal noch nicht einmal die Spitze des Eisberges freigelegt, und schon häufen sich in ganz Bayern Skandale und Verdachtsfälle bei den Schnelltests. Unter den Initiatoren und Betreibern finden sich auffällig oft CSU-Mitglieder oder diesen nahestehende Personen. Im Landkreis Freyung-Grafenau betreibt der private Rettungsdienst eines CSU-Politikers nahezu alle Testzentren des Landkreises.

Deshalb meine Frage an den zuständigen Minister: Finden Sie es als verantwortlicher Gesundheitsminister richtig, wenn CSU-Politiker oder deren Familienangehörige sich an Schnellteststationen in Bayern beteiligen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Stadler, ich glaube nicht, dass die Mitgliedschaft in einer Partei etwas mit dem, was man tut oder als Geschäft oder Tätigkeit ausübt, zu tun hat. Ich sehe da überhaupt keinen Zusammenhang. Ich würde auch nicht versuchen – obwohl das durchaus reizvoll wäre –, zu schauen, wie sich Zusammenhänge bei der AfD darstellen.

Ich kann tatsächlich keinen Kontext sehen und finde es eigentlich unverschämt, einen herzustellen und hier wieder einmal zu skandalisieren. Das verbindet Sie in der Zukunft ja mit der SPD.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Das ist schon eine ganz interessante Konstellation, die sich da auftut.

(Zuruf)

– Herr von Brunn, wir können über das Thema "niveaulos" gerne später in der Aktuellen Stunde reden. Ich freue mich darauf.

(Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt haben wir erst einmal die Rückfrage vom Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Holetschek, falls sich aber doch herausstellen sollte, dass – wie bei den Maskendeals – vor allem CSU-Politiker profitieren, werden Sie dann auch so viel Courage wie Ihre Vorgängerin Frau Huml zeigen? Treten Sie dann zurück?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Stadler, wir verfolgen alle Unrechtmäßigkeiten mit der vollen Härte des Gesetzes, die uns zur Verfügung steht. So werden die Dinge zum Beispiel – gemeinsam mit dem Kollegen Eisenreich – bei einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft gebündelt, die extra dafür eingerichtet worden ist. Ich bin froh, dass in unserem Land das Recht und die Gesetze der Maßstab für das Handeln sind; daran halten wir uns.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich auch an das Gesundheitsministerium und kommt von der Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, wir haben seit Mitte Mai in den Impfzentren nur Zweitimpfungen. Sie haben damals die Zusage gegeben, dass es ab dieser Woche – auch der Ministerpräsident hat gesagt, dass es jeden Tag ein bisschen besser wird – mit dem Impfturbo weitergehen wird.

Sie haben vorhin die Imp fzahlen genannt. Diese bedeuten, dass die Mehrheit noch kein Impfangebot hatte, zum Teil auch Personen aus den Prioritätsgruppen 2 und 3.

Sie waren gestern bei BMW und haben damit sichtbar gemacht, dass es jetzt auch bei den großen Unternehmen in größerem Stil mit den Impfungen durch die Betriebsärzte losgeht. Sie haben aber auch gesagt, dass wir die Impfzentren und auch die Priorisie-

rung in Bayern aus gutem Grund beibehalten. Müssen die Priorisierten dann nicht auch prioritär bedient werden? Es sind noch immer Menschen aus den Prioritätsgruppen 2 und 3 nicht geimpft. Wann können wir damit rechnen, dass es in den Testzentren mit den Erstimpfungen weitergeht?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin Waldmann, ich habe damals dargestellt, dass wir im System mal drei Wochen hintereinander fast nur Erstimpfungen hatten, weil wir den Rhythmus bei BioNTech damals von drei auf sechs Wochen umgestellt haben. Zu einem gewissen Zeitpunkt gab es dann logischerweise fast nur Zweitimpfungen. Diese sind übrigens in dieser Zeit – ich knüpfe an Ihre letzte Frage an – umso wichtiger, weil gerade bei der Delta-Variante die Annahme besteht, dass erst ein vollständiger Impfschutz wirkliche Sicherheit gewährleistet. Insofern darf ich an dieser Stelle auch einmal den Kontext darstellen.

Wir haben, was BioNTech angeht, leider immer noch nicht so viele Lieferungen vom Bund, wie wir uns wünschen würden. Wir müssen also auch da die Zweitimpfungen weiter forcieren. Wir haben jetzt – das wissen Sie auch – bei AstraZeneca bei Personen unter sechzig Jahren eine heterologe Impfung mit einem mRNA-Impfstoff. Wir müssen auch da BioNTech oder Moderna einsetzen. Wir legen also den Fokus tatsächlich weiter auf die Zweitimpfung.

Ich habe übrigens gesagt – wenn Sie mich zitieren, dann müssen Sie es richtig tun –, dass ich davon ausgehe, dass in der 23. Kalenderwoche, sofern wir genügend Impfstoff haben, wieder mit Erstimpfungen begonnen werden kann. Jetzt haben wir leider den Fokus noch auf den Zweitimpfungen; diese wollen wir auch sicherstellen. Ich hoffe, dass wir dann nächste Woche, wenn die Impfstofflieferungen bestätigt werden, wieder eine andere Situation haben werden. Im Moment ist es so. Ich glaube, insofern ist es auch wichtig, dass wir dieses System, was ich vorhin noch einmal darzustellen versucht habe, so bestehen lassen: die Impfzentren als Stabilitätsfaktor, die Ärzte und Fachärzte für die Flexibilisierung. Wir haben diesbezüglich die Priorisierung ja schon vor dem Bund aufgehoben.

Ich glaube auch, dass es gut ist, dass die Betriebe jetzt impfen. Ich denke, das ist ein weiteres Signal dafür, dass wir möglichst schnell impfen. Schauen wir uns noch einmal die Zahlen und die Impfquoten an: 8,5 Millionen Impfungen insgesamt. Ich finde, dass wir da schon ein Stück weit vorangekommen sind. Wir sollten nicht immer alles schlechtreden. Es gibt in unserem Land auch positive Dinge. Es ist positiv, dass wir so schnell einen Impfstoff hatten, und es ist positiv, dass wir – die Kommunen, die Landräte, die Oberbürgermeister, die Ärzte und die medizinischen Hilfsorganisationen – dieses Thema gemeinsam so vorangebracht haben.

Wir haben, wenn ich mich richtig erinnere, am 27. Dezember 2020 mit dem Impfen angefangen. Das ist noch gar nicht so lange her.

Also, richtig ist: Es muss schneller gehen. Wir brauchen mehr Impfstoff. Wir sind aber gemeinsam auch schon ein gutes Stück vorangekommen. Das ist das Positive.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage von der Kollegin Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Ich finde es sogar positiv, dass die Unternehmen beim Impfen helfen, aber halt nur dann, wenn genügend Impfstoff da ist. Meinen Sie nicht, dass wir, wenn wir die Priorisierung in den Impfzentren richtigerweise – sie hat ja einen Grund; die Leute in den Prioritätsgruppen 2 und 3 brauchen die Impfung dringender – erst einmal beibehalten, alle Impfdosen, die verfügbar sind, jetzt auch für die Priorisierung nutzen sollten? Wir würden da dann schneller vorankommen. Dann ginge es auch schneller für alle weiter. Dafür gibt es doch die Priorisierung.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Um es noch einmal zu erklären: Das System ist so ausgesteuert, dass der Bund den Impfstoff liefert und wir in der Gesundheitsministerkonferenz, deren Vorsitz ich zurzeit innehave – dort sind alle Gesundheitsministerinnen und -minister vertreten, übrigens auch Kolleginnen und Kollegen aus SPD-regierten Ländern – einen Deckel bei den Impfzentren vereinbart

haben. Es bestand der Wunsch, dass wir das, was darüber hinausgeht, an die Ärzteschaft geben. Ich halte das auch für richtig. Ich halte es auch für richtig, dass jetzt die Betriebsärzte dabei sind. An dieser Stelle ist die Priorisierung ja aufgehoben.

Übrigens werden Sie immer Menschen haben, die sich nachmelden. Wir sind bei den Impfzentren eigentlich schon sehr weit; wir sind eigentlich schon in vielem durch. Es gibt aber immer auch Leute, die erst später sagen, dass sie sich jetzt impfen lassen.

Ich glaube deswegen, dass das System so, wie es jetzt ist, gut ist. Es ist auch so gewollt. Zum Beispiel sagen die Landrätinnen und Landräte, dass man die Impfzentren als Stabilitätsfaktor lassen, darüber hinaus aber möglichst flexibel und einfach impfen solle. Die Ärzte wissen sowieso, wie sie die einzelnen Gruppen nach ihrer Priorisierung impfen. Ich habe da vollstes Vertrauen in unsere Ärzteschaft.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an die Bauministerin. Sie kommt vom Kollegen Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): Sehr geehrte Frau Schreyer, Ihr Ministerium hat in der letzten Bauausschusssitzung am 18. Mai erklärt, dass es aufgrund von Corona nun – obwohl anders angekündigt – mit der Teilverlagerung Ihres Dienstsitzes nach Augsburg nichts wird. Der Ministerpräsident hatte das für Anfang 2020 noch großspurig im Zuge der Behördenverlagerungsstrategie zur Stärkung der ländlichen Räume – gehört Augsburg wirklich zum ländlichen Raum? – angekündigt. Es wird dort jetzt nur circa 60 und nicht circa 200 Arbeitsplätze geben.

Ich frage Sie daher: Handelt es sich hierbei um eine Lex Sauter – ich meine natürlich: eine Lex Augsburg? Oder werden nun coronabedingt und vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des mobilen Arbeitens, die gut angenommen wurden, auch konsequenterweise alle Ministerien und nachgelagerten Behörden unter dem Aspekt geringeren Flächenbedarfs – Stichwort: mobiles Arbeiten – auf den Prüfstand gestellt?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Körber, danke für die Frage. Sie hatten ja schon die Chance, die Fragen mit meinem Abteilungsleiter durchzugehen. Ich präzisiere das aber gerne noch.

Erstens. Wir verlagern – genau so, wie es der Ministerpräsident gesagt hat – nach Augsburg. Bis 2030 werden in Augsburg 200 Arbeitsplätze entstehen. Augsburg ist die drittgrößte Metropole Bayerns. Ich glaube, es erschließt sich auch, warum wir nach Augsburg verlagern.

Wichtig ist dabei natürlich, dass die 200 Arbeitsplätze genau so gestaltet werden, wie es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für richtig halten. Wir wissen alle, dass sich die Bedarfe im Zuge von Corona verändert haben. Wir haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit vielleicht einen Tag pro Woche ins Büro gehen. Deswegen sind 200 Arbeitsplätze nicht mit 200 Büroplätzen identisch. Wir müssen deswegen schauen, wie wir das organisieren. Es werden 200 Arbeitsplätze entstehen. Die Frage ist aber, ob wir dafür 200 Büros brauchen. Oder ist es so, dass sich zwei Mitarbeiter, wenn sie nur einmal pro Woche in ihr Büro gehen und sonst im Homeoffice sind, ein Büro teilen können? – Ich meine: Ja.

Wir haben im Ministerium deswegen eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestartet. Wir haben gefragt, wie es nach Corona sein soll und was sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen. Möchten sie mehr oder möchten sie weniger ins Homeoffice? Möchten sie wieder ins Büro zurückkommen? – Uns ist wichtig, die Büroräume anhand der Bedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gestalten.

Genau deswegen befragen wir. Wir wollen wissen, was herauskommt: Möchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder mehr ins Büro, oder möchten sie im Homeoffice bleiben? – Wir werden daraufhin gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheiden, welche Büroanteile es braucht.

Wie Sie wissen, sind wir ja bereits seit dem 01.08.2020 in Augsburg. Wir haben dort einen Sitz und haben dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gegebenenfalls werden wir dort auch ausweiten können. Bis 2030 werden wir – so wie es vorgegeben ist – dort natürlich auch die 200 Arbeitsplätze haben. Mir ist aber wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig dorthin gehen, weil sie im Umfeld wohnen und sich damit viele Fahrtstrecken ersparen. Auch das ist ein Beitrag zur Mobilität, indem wir Büroräume für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der Organisation schaffen. Dies hat, ehrlich gesagt, nichts damit zu tun, wer wie von irgendwem vertreten wird. Das ist mir an der Stelle nicht wichtig. Mir ist die Feststellung wichtig: Was brauchen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Im Bereich Homeoffice ändert sich durch Corona einfach sehr viel. Für mein Ressort kann ich Ihnen sagen, dass ich mir das gut ansehen werde. Ich bin mir sicher, dass sich alle Kollegen Gedanken darüber machen, wie sich Arbeitsprozesse verändern, aber sie wissen auch: Bei der Straßenmeisterei wird sich nichts verändern; denn alle Straßendienstvarianten werden nicht im Homeoffice stattfinden können.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage des Kollegen Körber.

Sebastian Körber (FDP): Frau Ministerin, hier empfehle ich Ihnen dringend, noch einmal Rücksprache mit Ihrem soeben zitierten Abteilungsleiter zu halten. Dieser hat uns nämlich schon geantwortet, dass dort aufgrund des Flächenbedarfs und aufgrund von Homeoffice 90 % aller Arbeitsplätze nicht mehr erforderlich sind. Deswegen frage ich Sie noch einmal, auch wegen des Gleichheitsgrundsatzes: Gibt es schon irgendeine Strategie Ihrerseits – Sie sind die Bauministerin, Sie sind Dienstvorgesetzte der Immobilien Freistaat Bayern und somit aus meiner Sicht auch in der Verantwortung –, was diese veränderten Raumbedürfnisse betrifft, und wurde dies jetzt ausschließlich für Augsburg gemacht, um dort die Vermittlungstätigkeit des Kollegen Sauter zu überdecken und somit einen vier Monate lang verhandelten Mietvertrag nicht zu unterzeichnen? – Das ist aus meiner Sicht schon ein bisschen absurd. Das hätte man sich sparen können. Deshalb erklären Sie doch bitte noch einmal, warum es diese Lex

Augsburg gegeben hat oder ob jetzt alle anderen Arbeitsplätze in allen Ministerien auch um etwa zwei Drittel reduziert werden. Stimmen Sie mir zu, dass damit auch die Heimatstrategie des Ministerpräsidenten gescheitert ist? – Dann kann man im Umkehrschluss auch überall mobil arbeiten.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich finde Ihre Herleitung etwas merkwürdig. Die Heimatstrategie des Herrn Ministerpräsidenten ist nicht gescheitert, sondern wir schaffen im Gegenteil extern genau die gleichen Arbeitsplätze wie zuvor, weil es im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, dass sie nicht lange zwischen Wohnort und Arbeitsplatz hin- und herfahren müssen. Wenn man gerade einen Vertrag verhandelt, muss man sich aber die Frage stellen: Ist dies unter den neuen Herausforderungen, die wir wegen Corona haben, überhaupt noch klug? Als zuständige Ministerin werde ich nicht einen Vertrag weiterverhandeln oder unterschreiben, wenn klar ist, dass wir neue Herausforderungen haben. Hätte ich jetzt unterschrieben, würden Sie mir vorwerfen: Haben Sie denn überhaupt nicht mitgedacht? – Corona verändert die Frage des Homeoffice. Jetzt stoppe ich das Vorhaben und sage, ich möchte erst zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickeln, was sie wollen. Das ist dann auch wieder falsch. Ich habe das Gefühl, Sie haben schon von Anfang an entschieden, dass es generell falsch ist, egal, wie ich es mache. Ich organisiere dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so, wie es für sie richtig ist. 200 Arbeitsplätze werden in Augsburg geschaffen. Sie werden nicht an einem anderen Standort geschaffen. Wenn wir merken, dass es dort zu knapp wird, werden wir uns neu überlegen, was wir dann tun. Zuerst müssen wir aber wissen, welchen Bedarf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, bevor wir neue Büroräume schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Mittag stellt eine Frage an Staatsminister Holetschek.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister! Auch ich möchte ein paar Fragen zum Testen an Sie richten, aber anders als die plumpe und niveaulose Anfrage zum Thema Testen aus dem Bereich der AfD.

Wir haben in Bayern neben dem Impfen zu Recht auch das Testen als eine wichtige Säule angesehen. Auch zeigt sich, dass es wirklich wichtig und richtig ist. Die Frage ist zweigeteilt. Zum einen würde ich gerne wissen: Wie läuft denn der Testbetrieb an den Teststellen? Zum anderen ist bekannt, dass es wohl Betrugsfälle im Bereich Testen gibt. Wie geht die Staatsregierung mit diesem Thema um? Sie haben es in Teilen beantwortet. Vielleicht könnten Sie es noch einmal in der Gesamtheit sagen, ohne dass ich jetzt irgendwelche seltsamen, unterschwelligen Botschaften verbreiten möchte. Ich möchte Sie wirklich konkret nach dem Thema Testen fragen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort zur Antwort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mittag, dies ist eine Frage, auf die ich zunächst antworten will: Testen ist wichtig. Wir wollten möglichst viele Testmöglichkeiten, weil Testen ein Teil der Strategie für Öffnungen ist. Deswegen, glaube ich, ist der Weg, den wir gemeinsam mit lokalen Testzentren, privaten Testzentren, Apotheken und Ärzten gegangen sind, grundsätzlich richtig. Wir haben natürlich schwarze Schafe. Diese muss man auch mit aller Konsequenz – das habe ich vorhin gesagt – verfolgen. Mit der Pandemie unrechtmäßig Geld zu verdienen, geht überhaupt nicht, um das hier einmal klipp und klar zu sagen. Dagegen werden wir auch mit aller Konsequenz vorgehen. Deswegen bin ich auch dankbar, dass wir dieses Thema gemeinsam mit dem Justizministerium durch die Schwerpunktstaatsanwaltschaft verfolgen können. Wir haben auch die Gesundheitsämter noch einmal angewiesen, zusätzliche Kontrollen

vorzunehmen. Wir haben auch die Taskforce des LGL angewiesen, unangemeldete Kontrollen durchzuführen, um diese Fälle aufzudecken und zu sanktionieren. Ich glaube aber auch, dass viele dieser von Hilfsorganisationen und anderen betriebenen Teststationen wirklich gute und ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Das darf man nie vergessen und sollte man an dieser Stelle wieder ansprechen.

Der Bund ändert jetzt gerade seine Testverordnung. Er wird also die Vergütung reduzieren. Er wird aus meiner Sicht auch die Überwachung verbessern, indem die Kassenärztliche Vereinigung noch etwas mehr in die Verantwortung genommen wird. Auch wird die Frage der Zulassung und der Beauftragung noch einmal genau betrachtet. Unsere Gesundheitsämter haben sich übrigens nicht auf reine Online-Schulungen verlassen. Das war uns von Anfang an zu wenig. Wir haben an die Hygienekonzepte und an die Schulungsmaßnahmen höhere Anforderungen gestellt. Es ist wichtig, hier jetzt nachzubessern und nachzuziehen, aber im Kern ist das Testen auch für die Zukunft noch ein sehr wichtiges Element unserer gemeinsamen Strategie.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Fragestunde beendet.